

Grüsse von der Blockchain-Insel

Maltas Premierminister Joseph Muscat kommt nach Basel und stellt am «Blockchain Summit» seine Vision vor

Von Christian Egli

Basel. Maltas Regierungschef Joseph Muscat hat einen grossen Traum. Er will die kleinste Volkswirtschaft der EU als «Blockchain-Insel» etablieren. In Malta soll sich die Technologie, welcher Experten das Potenzial zusprechen, viele Bereiche der Wirtschaft und der Verwaltung zu revolutionieren, weiterentwickeln. Direkt von der Mittelmeer-Insel sollen Blockchain-Anwendungen die ganze Welt erreichen.

In den vergangenen Monaten hat sich bereits eine Vielzahl von Krypto- und Blockchain-Unternehmen auf der kleinen Insel niedergelassen. «Es gibt aktuell mehrere Hundert Firmen, die sich um eine Registrierung in Malta bemühen», sagt Finanzminister Edward Scicluna im Gespräch mit der *BaZ*.

Als erstes Land überhaupt hat Malta einen rechtlichen Rahmen für die neue Technologie geschaffen, die sich weltweit noch in einem regulatorischen Vakuum bewegt. Die maltesische Regierung setzt somit auf eine Strategie, die sich auf der Insel bereits in der Vergangenheit bewährt hatte. Indem Vorschriften und Gesetze erlassen werden, die sich – nicht immer zur Freude der EU – von den Rechtssystemen anderer Länder unterscheiden, lockt der Kleinstaat mit den rund 460 000 Einwohnern neue Unternehmen an.

In den 90er-Jahren kamen die Finanzdienstleister nach Malta, später folgte die pharmazeutische Industrie. Eine damals noch ähnlich junge Branche wie die heutige Blockchain-Industrie siedelte sich mit den Anbietern von Online-Wetten und Online-Glücksspielen wie Poker an. «Begonnen hat es mit zwei britischen Firmen, heute sind es über 400 iGaming-Unternehmen,



Der Boom hält an. Die maltesische Wirtschaft wächst seit 2013 jährlich um mehr als fünf Prozent. Foto: iStock

und wir sind weltweit führend», erklärt Scicluna. Aktuell beschäftigt die Online-Spiele-Industrie über 6400 Personen in Malta und macht über zehn Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung des kleinen Landes aus.

Glaube an die grosse Revolution

Die Blockchain-Technologie, mit der dezentral jegliche Arten von Transaktionen exakt dokumentiert werden können, lässt nun die maltesische Regierung von weit grösseren Zahlen träumen. Der Erfolg soll wie beim

iGaming wieder durch staatliche Kontrolle und Lizenzvergaben kommen. Am 1. November sind drei neue Gesetze in Kraft getreten, dank derer die neu geschaffene Aufsichtsbehörde Malta Digital Innovation Authority (MDIA) die Aktivitäten von Blockchain-Firmen zulassen und überwachen kann.

«Unternehmen wollen Regulation, aber sie wollen keine bürokratischen Hindernisse», ist der Finanzminister überzeugt. Entscheidend sei, dass die Regulationsbehörden zumindest Sympathien für eine neue Technologie wie

Blockchain hätten. Seine Regierung sei der Ansicht, dass Blockchain ähnliche Auswirkungen auf das Leben haben wird wie das Internet.

Premierminister Muscat nutzt auch die höchsten diplomatischen Anlässe, um auf die Sprengkraft und Chancen der Technologie hinzuweisen, so auch an der UNO-Generalversammlung im September in New York. Am Freitag und Samstag wird der maltesische Staatschef am Blockchain Leadership Summit in Basel teilnehmen und über die Erfahrungen in Malta referieren.

In der Schweiz geht es der Bundesrat derzeit etwas gemächlicher an. Im Januar 2018 hat das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) eine Arbeitsgruppe zu Blockchain/ICO ins Leben gerufen. Die Expertengruppe überprüft die rechtlichen Rahmenbedingungen und wird dem Bundesrat bis Ende 2018 Bericht erstatten. «Der Bundesrat wird, gestützt auf diese Erkenntnisse, über die Einleitung allfälliger rechtlicher Anpassungen entscheiden», so das SIF.

Vorteil der «Kleinen»

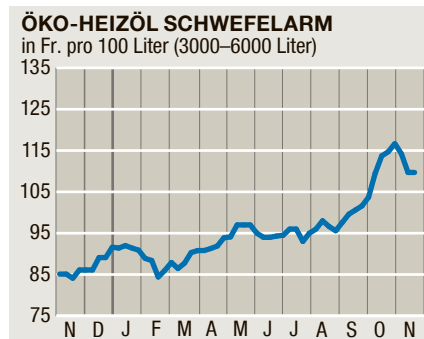
Für den maltesischen Finanzminister ist klar, wie die Schweiz und andere Länder vorgehen sollen: «Es braucht eine Blockchain-Mentalität bei allen Akteuren, und sie müssen bereit sein, massive Veränderungen zuzulassen.» Die gesetzliche Regelung einer bahnbrechenden Technologie könne ein Staat nicht mit den gleichen Mitteln angehen, wie sie bei bereits bestehenden Technologien und Standards angewandt werden. «Unser Ansatz ermöglicht es, das Potenzial der Technologie zu erkennen, das anderen vielleicht entgeht», so Scicluna. In den nächsten Jahren werden andere Länder mit der Regulierung von Blockchain-Anwendungen folgen.

Der Finanzminister sieht kleinere Staaten wie Malta, die Schweiz oder Liechtenstein bei Blockchain im Vorteil. Zum einen seien sie weltweit als «ehrliche, neutrale Broker» respektiert. Zum anderen müssten sie sich aufgrund fehlender natürlicher Ressourcen auf die Ressource Wissen konzentrieren und sich dieses zunutze machen.

Blockchain Leadership Summit: 23. und 24. November im Messe-Kongresszentrum. swissblockchainsummit.com

Heizölmarkt

Regionale Preise stabil



Basel. Der Dienstag war laut Swissoil beider Basel ein schwarzer Tag an den Ölbörsen, denn die Rohölnotierungen sind auf ein Neun-Monats-Tief gefallen. Die Leitsorte Brent wird knapp über 63 Dollar pro Fass gehandelt – erneut vier Dollar weniger als vor einer Woche. Von der Opec-Konferenz am 6. Dezember sei zu erwarten, dass eine Drosselung der Fördermengen beschlossen wird. Die regionalen Preise sind gegenüber letzter Woche unverändert, konnten vom schwächeren Rohölpreis nicht profitieren, da die Rheinfrachten auf sehr hohem Preisniveau verharren.

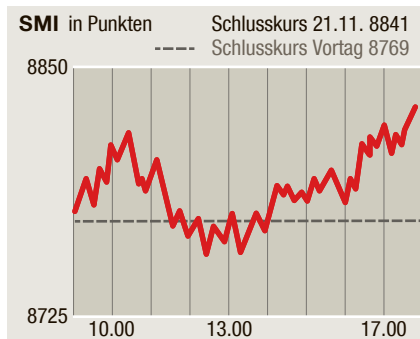
HEIZÖLMARKT*

Bestellmenge in Litern	Fr./100 l bei 15°C Tiefst	Höchst
1500– 2200	114.70	116.30
2200– 3000	111.70	113.20
3000– 6000	109.00	110.40
6000–10000	107.40	107.90

*Öko-Heizöl schwefelarm

Börse

Klare Erholung



Zürich. Der Schweizer Aktienmarkt hat gestern zu einer Erholung angesetzt und die Sitzung mit klar höheren Kursen und auf dem Tageshoch beendet. Händler sprachen vor allem von einer technischen Gegenbewegung auf die Verluste der Vortage, ausgelöst durch erste zaghafte Schnäppchenkäufe. Der Swiss Market Index (SMI) gewann zum Handelsschluss 0,82 Prozent auf 8841,48 Punkte. Der breite Swiss Performance Index (SPI) avancierte zum Schluss um 0,80 Prozent auf 10343,41 Zähler, während der 30 Aktien umfassende Swiss Leader Index (SLI), gar um 1,19 Prozent auf 1368,38 Zähler zulegte. Bei den 30 Blue Chips schlossen bis auf zwei alle im Plus. Klarer Gewinner unter den wichtigsten Einzeltiteln waren AMS (+9,1 Prozent). Stark präsentierten sich auch die Papiere der UBS (+2,8 Prozent) und CS (+1,9 Prozent), die in jüngster Zeit ebenfalls gelitten hatten. SMI-Schlusslicht waren die Roche-Titel (-0,1 Prozent). SDA

Heikle Steuerpraktiken

Auch EU-Länder halten sich nicht an Verhaltenskodex

Von Dominik Feusi, Bern

Der Bundesrat bereitet sich auf eine Auseinandersetzung mit der EU und der OECD über seine Unternehmensbesteuerung vor. Dies zeigt ein Bericht, den er gestern verabschiedet hat. Vor einem Jahr setzte die EU die Schweiz auf eine graue Liste von Drittstaaten, die sich nicht an den von der EU erlassenen Verhaltenskodex bei der Unternehmensbesteuerung halten, aber dies versprochen hatten.

Grund waren die hiesigen Steuerprivilegien für Kapitalgesellschaften. Bei deren Abschaffung kommt es zu einer Verzögerung. Denn gegen die Reform der Unternehmensbesteuerung ist das Referendum ergriffen worden. Die Sammelfrist läuft bis Mitte Januar. Eine Abstimmung fände Mitte Mai statt – zu spät für Brüssel. Der Bundesrat befürchtet, dass die Verzögerung zu Gegenmassnahmen seitens der EU führen könnte. Vor einer Woche hat er vorsorglich entschieden, dass die Steuerverwaltung ab sofort keine entsprechenden Steuervorteile mehr gewährt.

Die EU-Länder halten sich aber selber nicht vollständig an den Verhaltenskodex. Mindestens sechs EU-Länder müssten ebenfalls auf der grauen Liste figurieren: Frankreich, Italien, Spanien,

Belgien, Zypern und das zu Grossbritannien zählende Gibraltar. Jetzt verweist der Bundesrat auf einen Bericht der EU vom Juli, wonach drei Steuerpraktiken – eine aus Frankreich, eine aus Gibraltar (UK) und eine aus Aruba (NL) – als schädlich eingestuft werden. Damit nicht genug: Die EU-Kommission kritisierte in diesem Jahr Fälle von aggressiver Steuerplanung in Belgien, Irland, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Ungarn und Zypern. Die häufigsten Gründe waren fehlende Quellensteuer auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren oder ungenügende Missbrauchsbekämpfung.

Besonders tiefe Steuern wertet die EU als staatliche Beihilfen, und die sind verboten. Der Bundesrat erwähnt in seinem Bericht zwei von mehreren Verfahren gegen EU-Länder. Die EU sieht Steuervergünstigungen, die Apple in Irland und Fiat in Luxemburg gewährt wurden, als unrechtmässig an.

Auch die OECD will schädliche Steuerpraktiken beenden. 2016 erstellte sie für die G20 eine Liste der nicht kooperativen Länder. Auch hier verpflichtete sich die Schweiz insbesondere zur Einführung des Informationsaustausches, um der schwarzen Liste zu entgehen. 2019 will die OECD ihre Sünderliste überarbeiten.

Renault-Chef Ghosn weiter in Haft

Frankreich sieht Allianz mit Nissan in Gefahr

Tokio/Paris. Nach seiner Verhaftung in Japan wegen einer vermuteten Finanzaffäre soll der Renault-Nissan-Chef Carlos Ghosn zunächst für zehn weitere Tage festgehalten werden. Das entschied gestern ein Bezirksgericht in Tokio. Auch sein mutmasslicher Komplize, der ebenfalls verhaftete Nissan-Direktor Greg Kelly, dürfe zunächst weiter in Haft gehalten werden.

In Frankreich gibt es Sorge um den Bestand des riesigen Auto-Bündnisses: «Ohne Carlos Ghosn: Allianz Renault-Nissan in Gefahr», titelte *Le Parisien*. Vor diesem Hintergrund kündigte der französische Wirtschafts- und Finanz-

minister Bruno Le Maire für heute ein Treffen mit dem japanischen Wirtschaftsminister Hiroshige Seko an. Beide Ressortchefs hatten sich bereits demonstrativ hinter die Allianz gestellt. Diese ist laut Le Maire unabdingbar, um Herausforderungen wie Elektroautos und autonome Fahrzeuge zu meistern.

Ghosn und Kelly wurden am Montag wegen mutmasslicher Verstösse gegen Börsenaufgaben verhaftet. Internen Ermittlungen zufolge sollen die Manager Geldbezüge in Berichten an die japanische Börse falsch dargestellt und in Ghosns Fall zu niedrig beziffert haben. SDA

Nachrichten

Zuckerberg will im Verwaltungsrat bleiben

Menlo Park. Facebook-Gründer Mark Zuckerberg hat nach dem jüngsten Skandal um das weltgrösste Online-Netzwerk bekräftigt, dass er trotz aller Kritik den Vorsitz im Verwaltungsrat behalten will. Es sei «nicht der Plan», den Posten aufzugeben, sagte er in einem Interview des TV-Senders CNN. Zuckerberg stellte sich auch klarer als bisher hinter Geschäftsführerin Sheryl Sandberg. Die Spitze von Facebook steht wieder in der Kritik, seit die *New York Times* enthüllte, dass der Konzern eine PR-Firma beschäftigte, um Kritiker in ein schlechtes Licht zu rücken. SDA

Warnung in USA vor Novartis-Mittel Gilenya

Basel. Die US-Gesundheitsbehörde hat eine Warnung für das Novartis-Mittel Gilenya veröffentlicht. Wie die Behörde auf ihrer Webseite warnte, kann sich die Multiple Sklerose (MS) bei Patienten deutlich verschlimmern, wenn sie das Mittel absetzen. Eine ähnliche Warnung hatte es zu Jahresbeginn in Europa gegeben. Die Verschlechterung sei selten, könne aber zu dauerhaften Beeinträchtigungen führen. Novartis hob in einer Stellungnahme hervor, dass es sich nicht um eine Black-Box-Warnung handelt. Bei solchen muss auf dem Beipackzettel vor schwerwiegenden Nebenwirkungen gewarnt werden. Entsprechend sei nur eine reguläre Sicherheitswarnung auf dem Beipackzettel enthalten. SDA

Ikea-Konzern sucht mehr City-Lagen

Hoffheim-Wallau. Weil Ikea mit den gewohnten Möbelhäusern kaum noch wachsen kann, baut der Mutterkonzern Ingka um. Neben dem Ausbau der Online- und Service-Angebote sollen neue innerstädtische Einrichtungsformate aufgebaut werden, wie das Unternehmen gestern ankündigte. Die Schweden wollen bis Ende 2020 global bis zu 11 500 neue Arbeitsplätze schaffen. Im Gegenzug könnten 7500 Jobs bei Ikea wegfallen. SDA

ZUR ZEICHNUNG AUFLIEGENDE OBLIGATIONEN IN FRANKEN

Emissionsfrist	Anleihennehmer	Rating	Betrag Mio. Fr.	Zinssatz in %	Laufz. (Jahre)	Emissionspreis in %
23. Nov.	Kanton Basel Stadt	AA+	250	0,000	5	100,388
23. Nov.	Kanton Neuenburg		100	0,750	15	100,567
26. Nov.	Kanton Genf		200	0,300	8	100,242
26. Nov.	Kanton Genf 1)		50	0,500	38	82,307
27. Nov.	EGW - Serie 60		149,4	0,750	14	100,598
27. Nov.	Temenos AG		175	1,875	5	100,000
28. Nov.	Glarner Kantonalbank	AA	100	0,400	8	100,157
28. Nov.	Thurgauer Kantonalbank		200	0,500	8	100,707
29. Nov.	Pfandbriefzentrale - Serie 463 2)	Aaa	297	0,125	6	100,606
27. Nov.	DNB Bank ASA	A+	100	0,125	5	100,025
29. Nov.	Banco del Estado de Chile	A+	125	0,693	6	100,000

1) 1. Aufstockung 2) 2. Aufstockung

Quelle: BEKB